

Unaufgeforderte Penis-Bilder künftig strafbar - Justizministerin Sporrer informiert!

Am 23. April 2025 kündigt Justizministerin Anna Sporrer an, das Versenden unaufgeforderter Dick-Pics als Straftat zu ahnden.

Deutschland - In einem weitreichenden Schritt zur Bekämpfung sexueller Belästigung hat die österreichische Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ) heute angekündigt, dass das Versenden von unaufgeforderten Penis-Bildern, auch bekannt als Dick-Pics, künftig als Straftatbestand verfolgt wird. Dies ist Teil einer umfassenden Gesetzesänderung, die darauf abzielt, Frauen, insbesondere junge Frauen, besser vor sexueller Belästigung zu schützen. Der neue Paragraph wird alle Formen der elektronischen Kommunikation abdecken, dazu zählen Social Media, E-Mails, SMS, MMS und sogar Faxnachrichten, wie [5min.at] berichtet.

Die Strafe wird auf unaufgefordertes Versenden solcher Bilder abzielen, insbesondere wenn dies mit einer Belästigung einhergeht. Die Möglichkeit zur Anzeige von Tätern wird dabei explizit erwähnt. Sporrer sieht hier einen klaren Schritt in Richtung mehr Sicherheit für betroffene Personen. Bei mehrfachen Übermittlungen oder in Fällen, in denen ein schwerwiegenderer Tatbestand wie Stalking vorliegt, werden ebenfalls strengere Maßnahmen angewendet.

Unterstützung und Schutzmaßnahmen

Zusätzlich zu den neuen gesetzlichen Regelungen hat die

Regierung Unterstützung bei der Rechtsdurchsetzung angekündigt. Dies könnte insbesondere für junge Frauen von Bedeutung sein, die in der Vergangenheit oft in der Opferrolle zurückgelassen wurden. Es ist auch geplant, niedrigschwellige Hilfesysteme für Betroffene bereitzustellen, um ihnen den Zugang zu rechtlichen Mitteln zu erleichtern.

Im Kontext von Kinderschutz hat Deutschland bereits wichtige Schritte unternommen. So wurde das Jugendschutzgesetz (JuSchG) am 1. Mai 2021 reformiert, um den Herausforderungen des digitalen Raumes gerecht zu werden. Ziel dieser Reform ist es, Phänomenen wie Cybergrooming und Cybermobbing entgegenzuwirken und die Risiken sexueller Gewalt im Netz zu minimieren, wie auf [beauftragte-missbrauch.de] erläutert wird. Das reformierte JuSchG stellt die persönliche Integrität von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt und fordert von Onlinediensten wirksame Schutzmaßnahmen.

Gesellschaftliche Verantwortung

Die Initiative zur Bekämpfung von Dick-Pics und die umfassenden gesetzgeberischen Maßnahmen in Deutschland reflektieren ein wachsendes Bewusstsein für die Gefahren, denen insbesondere junge Menschen in der digitalen Welt ausgesetzt sind. Durch die neuen Regelungen könnten sich Verhaltensänderungen in der Gesellschaft ergeben, was den Respekt vor der Privatsphäre und der Integrität anderer betrifft.

Die Kombination aus rechtlichen Maßnahmen und einem klaren gesellschaftlichen Signal gegen sexuelle Belästigung könnte einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung des Schutzes für Betroffene leisten und den Täterkreis sensibilisieren. Dieser gesetzgeberische Fortschritt zeigt, dass die Gesellschaft zunehmend bereit ist, gegen sexuelle Gewalt in all ihren Formen vorzugehen.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.5min.at• beauftragte-missbrauch.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at